

**Beschluss  
der Stadtverordnetenversammlung**

20. Juli 2015  
1 von 1

**Erhalt der Arbeitsplätze bei Kali + Salz**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU und FDP  
- 101.17.1813 -

**Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Als eine gute Entscheidung für den Standort Kassel, die Region Nordhessen und die vielen Tausend Arbeitsplätze begrüßt die Stadtverordnetenversammlung den Beschluss von Vorstand und Aufsichtsrat der K+S AG, das unaufgeforderte Übernahmeangebot der Potash Corporation of Saskatchewan Inc. abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Engagement der Hessischen Landesregierung für den Erhalt des Kali- und -Salz-Standortes in Nordhessen, welcher tausende hochqualifizierte Arbeitsplätze bietet und zur Wertschöpfung in der Region beiträgt, auch im Ausgleich mit den Belangen des Umwelt- und Gewässerschutzes.

Die Stadtverordnetenversammlung bestärkt die Landesregierung in ihrem Bestreben, für die Selbstständigkeit des Unternehmens einzutreten und ihm dafür die nötige Unterstützung zu gewähren.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke  
den

**Beschluss**

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU und FDP betr. Erhalt der Arbeitsplätze bei Kali + Salz, 101.17.1813, wird **zugestimmt**.

gez. Petra Friedrich  
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin  
Schriftführerin